



Mitteilungsvorlage Amt für Rettungsdienstmanagement Tagesordnungspunkt: ____		Drucksachen-Nr.: 2021-26/0414 Status: öffentlich Datum: 19.05.2023
Termin	Beratungsfolge:	
31.05.2023	Ausschuss für Feuerschutz und Rettungsdienst	

Bezeichnung:

Sachstand der Verhandlungen mit den Krankenkassen

Sachverhalt:

Im Dezember letzten Jahres konnte das Budget für 2021 mit den Krankenkassen vereinbart und eine entsprechende Entgeltvereinbarung abgeschlossen werden. Die Entgeltvereinbarung enthält neben den aktuellen Kosten auch die Auflösung strittiger Positionen aus den Vorjahren. Aktuell wird mit den Krankenkassen das Budget für 2022 für den bedarfsgerechten Rettungsdienst verhandelt, dieses auf Basis der Ist-Kosten, betrachtet unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit. Daran anschließen soll sich das Budget 2023.

Parallel dazu wurde den Krankenkassen mitgeteilt, dass der Landkreis entsprechend der Vorgaben des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) wieder beabsichtigt, seinen Bedarfsplan fortzuschreiben und sich dazu, wie in der Vergangenheit auch, eines Gutachters zu bedienen. Dies ist notwendig, um die bedarfsgerechte und nicht bedarfsgerechte Vorhaltung, mit der Unterscheidung in fiktive und reale Rettungswachen, getrennt zu ermitteln. Anders als in den Vorjahren sind die Krankenkassen damit erstmals nicht einverstanden. Da der Landkreis hierzu aber keiner Zustimmung der Krankenkassen bedarf, wird wie geplant weiter verfahren.

In Vertretung

(von Ostrowski)